



Abbas in Berlin

WÄHREND SEINER DEUTSCHLANDREISE UNTERSTREICHT

PALÄSTINENSERPRÄSIDENT MAHMUD ABBAS SEINE

VERHANDLUNGSBEREITSCHAFT GEGENÜBER ISRAEL.

EINE DOKUMENTATION

Erst zwölf Monate ist es her, als Bundeskanzlerin Angela Merkel den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas das letzte Mal in Berlin empfangen hatte. Am 24. März 2017 war Abbas erneut bei ihr zu Gast, um über die Lage der Palästinenser und den Konflikt mit Israel zu diskutieren. Zudem traf sich der Präsident mit Bundestagspräsident Norbert Lammer und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel. Den Auftakt bildete eine Rede des Präsidenten in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 23. März.

Ausgangslage

Wie haben sich die Rahmenbedingungen in den Palästinensischen Gebieten und für die deutsch-palästinensischen Beziehungen seit Abbas letztem Besuch in Deutschland entwickelt?

Wahlen

Die für letzten Herbst angesetzten **Kommunalwahlen** wurden in letzter Sekunde aus fadenscheinigen Gründen abgesagt. Zu groß war die Furcht der Fatah vor einer Wahlniederlage und einem Sieg der Hamas, so die damalige Lesart von Beobachtern.¹ Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung

und der palästinensischen Denkfabrik PSR hatten indes einen Vorsprung der säkularen Fatah vor der islamistischen Hamas prognostiziert.² Nach Berlin brachte Abbas die Botschaft, dass die Wahlen nun am 13. Mai 2017 stattfinden sollen. Das Wählerregister ist aktualisiert und derzeit läuft die Bewerberphase für Wahllisten. Die Ausgangslage bleibt kritisch zu bewerten, weil Hamas und islamischer Jihad aus dem religiösen Lager, sowie die säkular-linke PFLP erklärt haben, den Urnengang zu boykottieren. Sollte es dennoch zu Wahlen kommen, würde vermutlich die Fatah als einzige ernstzunehmende politische Kraft antreten. Fraglich bleibt weiterhin, ob Wahlen nur im Westjordanland, sondern auch im Hamas-kontrollierten Gazastreifen durchgeführt werden.

Im November 2016 fand der erste **Parteitag der Fatah-Bewegung** seit 2009 statt. Entgegen der meisten Erwartungen war es Präsident Abbas gelungen, seinen Führungsanspruch an der Spitze der Partei zu behaupten. Unterstützer des als parteiinternen Rivalen geltenden Mohamed Dahlan wurden frühzeitig von der Delegiertenliste entfernt, sodass der Parteitag funktional den Machtinteressen des Vorsitzenden Abbas diene, inhaltlich und personell aber nicht den längst überfälligen Erneuerungsprozess einleitete. Zugleich begann in den

¹ Marc Frings, Lokalwahlen gestoppt: eine vertane Chance?, Länderbericht, September 2016 [goo.gl/6EIR7T].

² Vgl. Gemeinsame Umfrage von PSR und KAS Nr. 61 (September 2016) [goo.gl/A2gMAI].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

März 2017

www.kas.de/ramallah

Folgen Sie uns auf



vergangenen Wochen die **Hamas ihren parteiinternen Wahlprozess**. Mit Jahia Sinwar setzte sich in Gaza ein Mann durch, der sogar innerhalb der Bewegung als radikal gilt. Selbst zwar kein ausgebildeter Kämpfer an der Waffe, steht er doch für eine Fraktion, die die militärische Auseinandersetzung mit Israel nicht scheut. Eine Überwindung der politischen Spaltung zwischen Hamas und Fatah, die seit 2007 getrennt über Gaza und Westjordanland herrschen, wird damit nicht wahrscheinlicher.

*Zunehmender Druck im Innern,
demonstrierende Jugend*

Während die Erneuerung auf sich warten lässt, geriert sich die palästinensische Straße zunehmend ungeduldig: Zwei Drittel wünschen sich den Rücktritt von Präsident Abbas und 60 Prozent glauben nicht, dass die Zweistaatenlösung noch Überlebenschancen hat.³ Zudem zogen in den vergangenen Wochen junge Palästinenser – die Hälfte der Menschen in Gaza und dem Westjordanland ist 19 Jahre oder jünger – durch die Straßen, um sowohl gegen die anhaltende israelische Militärbesatzung, als auch gegen die Tatenlosigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde zu demonstrieren. Vorausgegangen war der Tod des Jungaktivisten Basil al-Araj, der bei einem Feuergefecht mit dem israelischen Militär in al-Bireh – einer Stadt mitten in einem von den Palästinensern autonom verwalteten Gebiet des Westjordanlandes – ums Leben kam.

*Abschiedsgeschenk von Präsident Obama –
unklare Lage unter Präsident Trump*

Die entscheidendste Variable, die sich seit Frühling 2016 verschoben hat, ist gewiss die **neue US-Administration** unter Präsident Donald Trump. Während die Vorgängerregierung Obama im Dezember 2016 noch eine israelkritische Resolution im Welt-sicherheitsrat der Vereinten Nationen mittels Enthaltung passieren ließ und der damalige Außenminister John Kerry seinen Un-

mut in eine Rede goss, die nicht arm an rhetorischen Angriffen auf Israel war, sparte der Republikaner Trump schon seit dem Wahlkampf nicht daran, sich mit irritierenden Wortmeldungen zur Lage in Nahost zu äußern: noch nicht aus dem Weg geräumt ist die Idee, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Auch mit der Ernennung seines für die Region wichtigen diplomatischen Spitzenpersonals ließ er zumindest die palästinensische Seite ratlos zurück: ein Botschafter für Israel mit engen persönlichen und finanziellen Beziehungen zur Siedlerbewegung, so die Betrachtung in Ramallah, lasse wenig Spielraum für die palästinensische Sache zu. Umso positiver fiel die palästinensische Bewertung aus, als der für Friedensverhandlungen zuständige Gesandte Jason Greenblatt die Region bereiste: nicht nur seine Besuchstermine im Westjordanland setzten ein deutliches Signal der konstruktiven Annäherung (neben politischen Gesprächen nahm er sich Zeit für Begegnungen mit jungen Menschen, Unternehmern und start-up-Vertretern). Auch zeigte sich die Autonomiebehörde angetan davon, dass er das direkte Gespräch mit den Palästinensern suchte, um sich die Sicherheitslage aus deren Sicht erklären zu lassen. Präsident Trump lud Abbas während eines Telefonats Mitte März nach Washington ein; nach jetzigen Planungen werden sich beide Präsidenten Mitte April erstmals direkt treffen.

Solange unklar ist, wieviel Verve die neue US-Regierung auf den israelisch-palästinensischen Konflikt legen wird und welche Auswirkungen die Mittelverschiebungen im ersten Haushaltsentwurf der Regierung Trump haben werden (für Entwicklungszusammenarbeit wird künftig weniger Budget zur Verfügung stehen), stellt sich die Frage nach natürlichen Verbündeten für einen Frieden zwischen beiden Völkern.

Hier tritt **Deutschland** auf den Plan: Die Bundesregierung genießt auf beiden Seiten einen sehr guten Ruf. Deutlicher Beleg hierfür auf palästinensischer Seite ist der deutsch-palästinensische Lenkungsausschuss als Surrogat für die Regierungskonsultationen, die Berlin mit Israel unterhält. Der Lenkungsausschuss traf sich im letzten

³ Vgl. Gemeinsame Umfrage von PSR und KAS Nr.63 (März 2017) [goo.gl/A4B7A1].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

März 2017

www.kas.de/ramallah

Folgen Sie uns auf



Herbst zum vierten Mal unter Leitung von Premierminister Rami Hamdallah und dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, um die deutsche Unterstützung zu intensivieren. Dabei orientieren sich beide Seiten an der „Palestine Statehood Strategy“ und Deutschlands Zusage, nach der Pariser Friedenskonferenz im Januar 2017 mehr Verantwortung für den Staatsaufbau zu übernehmen.

Während hier beide Seiten engverzahnt arbeiten, stockte zuletzt das Getriebe in den **deutsch-israelischen Beziehungen**. Die deutsche Absage der für Mai 2017 geplanten Regierungskonsultationen mit Israel (offiziell begründet mit Zeitschwierigkeiten) machte für viele Beobachter deutlich, dass die Bundesregierung das jüngste Agieren der israelischen Regierung wenig goutiere. Der Absage vorausgegangen war ein neues Gesetz zur nachträglichen Legalisierung von zirka 100 Außenposten - Siedlungen, die auch nach israelischer Lesart bislang illegal waren.⁴

Abbas-Rede bei der KAS: „Unsere Hand für Frieden bleibt ausgestreckt“

Am Vorabend seiner offiziellen Gespräche hielt Präsident Abbas am 23. März eine Rede bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.⁵ Hier erinnerte er zunächst an seine Biographie. Mit 13 Jahren wurde er selbst zum Flüchtling und musste im Zuge des ersten israelisch-arabischen Krieges seine Heimat im heutigen Norden Israels verlassen. Trotz seines persönlichen Schicksals und dem seines Volkes, das 2017 auf 50 Jahre Militärbesatzung zurückblicke, reiche er allen, die Frieden wollen, die Hand aus. Sein Angebot: ein Staat Palästina, der in Sicherheit und

Frieden neben dem Staat Israel existiert, und Gaza, das Westjordanland und Ost-Jerusalem als Hauptstadt umfassen soll. Dafür trat er bereits in den 1970er Jahren ein, so Abbas. Er erinnerte an Erfolge im Staatsaufbau, den geschaffenen Institutionen und dem Engagement in den Bereichen Rechtstaatlichkeit, Transparenz und Menschenrechte.

Als nächste Wegetappen beschrieb er die Kommunalwahlen und die Überwindung der politischen Spaltung zwischen Hamas und Fatah. Auslöser hierfür war aus Sicht des Präsidenten ein Putsch, der von der Hamas 2007 ausgelöst wurde.

Mit Verweis auf die internationale Lage und das geltende Völkerrecht verwies Abbas auf die 138 Staaten, die seinen Staat bereits anerkannt haben: „Palästina ist heute eine reale, in der internationalen Gemeinschaft verwurzelte Tatsache.“ Palästina bleibe aber heute ein „Staat unter Okkupation“. Wiederholt verurteilte er den israelischen Siedlungsbau und die anhaltende Besatzung palästinensischen Lands. An die Adresse der Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu gerichtet, fragte Abbas, ob Israel noch für die Zweistaatenlösung eintrete. Für ihn impliziere die Zweistaatenlösung, dass die Sicherheit Israels genauso gewahrt werden müsse. So sei es bereits während der Osloer Friedensverhandlungen der 1990er Jahre beschlossen worden und so manifestiere es sich auch in der weiterhin praktizierten Sicherheitskoordinierung zwischen seiner Behörde und Israel. Abbas verurteilte Terrorismus und Gewalt in allen Formen. Er verwies auf die angespannte ökonomische und demographische Lage seines Volks: die Arbeitslosigkeit sei hoch und die Jugend ohne Perspektive.

Lobend äußerte er sich über die Rolle Deutschlands: Die Bundesrepublik trage dazu bei, dass der palästinensische Boden für einen unabhängigen Staat vorbereitet würde. Abbas wünschte sich im anschließenden Podiumsgespräch eine politische Rolle der Bundesregierung, da sie zu beiden Konfliktseiten sehr gute Beziehungen unterhalte.

⁴ Das Völkerrecht differenziert nicht zwischen Außenposten und Siedlungen, da aus internationaler Perspektive jegliche Form von Siedlungsaktivitäten auf besetztem Gebiet illegal ist. Zum Hintergrund des Außenposten-Gesetzes: Veranstaltungsbericht einer gemeinsamen Konferenz der KAS-Ramallah und dem Institute of Law der Universität Birzeit (Februar 2017) [goo.gl/23kXD2].

⁵ Ein Mitschnitt der Rede (deutsch/arabisch) ist online verfügbar [goo.gl/7TnxCI].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

März 2017

www.kas.de/ramallah

Folgen Sie uns auf



Mit Blick auf die USA pochte Abbas auf die Kontinuität außenpolitischer Entscheidungen, die nicht mit einem Wechsel der Führungsmannschaft in Frage gestellt werden dürften. Sehr skeptisch äußerte sich der Präsident zur Debatte um die Verlegung der Botschaft: Dies, so seine Einschätzung, würde den Friedensprozess zerstören und Frieden verhindern, da Washington auf diesem Weg die israelische Annektierung Ost-Jerusalems nachträglich anerkennen würde.

Mit dem „Arabischen Frühling“, der ab 2011 die Region in Unruhe versetzt hat, stellt sich mehr denn je die Frage nach dem Stellenwert des israelisch-palästinensischen Konflikt für die Staaten der Region. Präsident Abbas erkannte an, dass die Entwicklungen im arabischen Raum der palästinensischen Sache schade, die damit auch aus dem Fokus der internationalen Gemeinschaft zu rücken drohe. Zugleich betonte er aber, dass ohne Frieden zwischen Israelis und Palästinensern andere Konflikte der Region nicht beigelegt werden könnten.

Die Einschätzung von Beobachtern einer aufbegehrenden Jugend teilte der Präsident nicht: es könne nicht von einem Konflikt zwischen den jungen Palästinensern und seinen Sicherheitskräften gesprochen werde. Für Abbas sei weiterhin die Besatzung Ursache der Unzufriedenheit, da sie eine Wirtschaftsentwicklung und bessere Startbedingungen für den Arbeitsmarkt verhindere. Zugleich sieht er die Führung in der Pflicht, die Hoffnung darauf zu erhalten, dass sich die politische Lage verbessere.

Offizielle Gespräche in Berlin

Am 24. März folgten Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Kanzlerin Merkel betonte vor der Hauptstadt- und Presse, dass Israelis und Palästinenser ein Recht haben, in Frieden und Sicherheit zu leben. Alternativen zur Zweistaatenlösung sehe sie nicht: „Diejenigen, die weitere Annexionen von weiteren palästinensischen Gebieten fordern, sollten sich bewusst sein: ein jüdischer und demokrati-

scher Staat ist auf diesem Wege auf Dauer nicht zu erhalten.“ Folglich verurteilte Merkel den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau als Hindernis für die Lösung des Konflikts. Besonders besorgt zeigte sie sich angesichts der Radikalisierung junger Palästinenser, denen ein Recht auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung zugestanden werden müsse. Die bilateralen Beziehungen seien von der deutschen Unterstützung für die Autonomiebehörde geprägt, um die Verwaltung, das Polizeiwesen und kommunale Strukturen zu gewährleisten. Dabei orientiere man sich an der Nationalen Entwicklungsagenda der Palästinensischen Autonomiebehörde.⁶

Das Auswärtige Amt berichtete auf seinem Twitter-Account über die Begegnung zwischen dem Präsidenten und dem neuen Außenminister. Im Gespräch wurde die deutsche Unterstützung beim palästinensischen Staatsaufbau betont; auf seinem privaten Twitter-Account bezeichnete Minister Gabriel den Präsidenten als „seinen Freund“. Der Bundestag ließ mitteilen, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert in seinem Treffen mit Präsident Abbas die mangelnde demokratische Legitimation der palästinensischen Regierung betont habe; Lammert forderte ferner eine Stärkung der Demokratie in den Palästinensischen Gebieten.

Die Reise in den palästinensischen Medien

Die auflagenstärkste Tageszeitung *al-Quds*, die halb-staatliche *Al-Ayyam* und weitere Medien berichteten an allen Tagen auf ihren Titelseiten von den Gesprächen des Präsidenten. Vor allem wurde die Kritik von Kanzlerin Merkel am israelischen Siedlungsbau aufgegriffen. Die Rede von Mahmud Abbas bei der Adenauer-Stiftung wurde live im Radio übertragen. Verschiedene Medien (darunter die Radio- und online-Plattform *Raya*) berichteten auch darüber, dass Abbas weiterhin gewillt sei, sich mit Premierminister Netanjahu zu treffen. Auf regionaler Ebene berichtete al-Jazeera über den Be-

⁶ Bundesregierung.de, Beide Völker haben Recht auf Frieden, 24.03.2017, [goo.gl/Z11Kmq].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

such und die palästinensische Erwartungshaltung gegenüber Deutschland.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

März 2017

www.kas.de/ramallah

Folgen Sie uns auf



Die erneute Reise von Abbas nach Deutschland und die Begegnungen und Gespräche dort zeigen: Deutschland nimmt seine Verantwortung im israelisch-palästinensischen Konflikt ernst. Es wurde nicht nur Unterstützung zugesagt, sondern auch mahnend an die innenpolitischen Hausaufgaben des Präsidenten und seiner Autonomiebehörde erinnert.